

# ÖPUL 2023

## Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker

STAND April 2023

Mit Unterstützung von Bund, Ländern und Europäischer Union

 Bundesministerium  
Land- und Forstwirtschaft,  
Regionen und Wasserwirtschaft

**WIR leben Land**  
Gemeinsame Agrarpolitik Österreich



Kofinanziert von der  
Europäischen Union

## 1 ÜBERSICHT

Die Prämie wird für Ackerflächen in ausgewählten Gebieten gewährt. Gefördert werden Kosten und Einkommensverluste, die aufgrund einer verminderten Düngungsintensität, durch den Aufwand für Datenerhebung, Aufzeichnung, Bilanzierung, Weiterbildung, das Ziehen und die Analyse von Bodenproben sowie durch den Verzicht auf ausgewählte Pflanzenschutzmittelwirkstoffe entstehen.

Im Rahmen der Maßnahme werden die Option „Bewirtschaftung auswaschungsgefährdeter Ackerflächen“ sowie die optionalen Zuschläge „Humusaufbau und Erosionsschutz in Wien“ und „stark stickstoffreduzierte Fütterung von Schweinen“ angeboten.

## 2 ZIELSETZUNG

Die Maßnahme trägt zur Verringerung von Treibhausgasemissionen in der landwirtschaftlichen Produktion und im ländlichen Raum bei. Sie dient der Verbesserung des Oberflächen- und Grundwasserschutzes sowie der qualitativen Erhaltung und Verbesserung des Bodenzustands und der Bodenfruchtbarkeit. Zusätzlich leistet die Maßnahme einen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft und der Biodiversität durch standortangepasste Land- und Forstwirtschaft.

## 3 TEILNAHMEVORAUSSETZUNG

### 3.1 VERTRAGSZEITRAUM

Der Verpflichtungs- und Vertragszeitraum der Maßnahme beträgt inklusive des optional beantragbaren Zuschlags „Humusaufbau und Erosionsschutz in Wien“ mindestens 4 Jahre und läuft bis 31. Dezember 2028.

Beginn	Vertragszeitraum	
01.01.2023	6 Jahre	(bis einschließlich 31.12.2028)
01.01.2024	5 Jahre	(bis einschließlich 31.12.2028)
01.01.2025	4 Jahre	(bis einschließlich 31.12.2028)

Für die Option „Bewirtschaftung auswaschungsgefährdeter Ackerflächen“ sowie für den optionalen Zuschlag „stark stickstoffreduzierte Fütterung von Schweinen“ läuft der Verpflichtungs- und Vertragszeitraum über ein Kalenderjahr (1. Jänner bis 31. Dezember). Diese verlängern sich automatisch um ein weiteres Förderjahr, wenn sie nicht abgemeldet werden. Werden jedoch die Mindestteilnahmebedingungen nicht eingehalten, erlischt die Verpflichtung.

### 3.2 MAßNAHMENKOMBINATION

Es muss zeitgleich entweder an der Maßnahme „Begrünung von Ackerflächen – Zwischenfruchtanbau“ oder an der Maßnahme „Begrünung von Ackerflächen – System Immergrün“ teilgenommen werden (Kombinationsverpflichtung).

### 3.3 MINDESTTEILNAHMEBEDINGUNGEN

Im ersten Teilnahmejahr müssen zumindest 2,00 ha Ackerfläche in der Gebietskulisse „Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“ gemäß Anhang G der Sonderrichtlinie ÖPUL 2023 bewirtschaftet werden. Die Maßnahme wird in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Wien angeboten. Die Sonderrichtlinie und deren Anhänge sind unter [www.ama.at](http://www.ama.at) im Bereich ÖPUL abrufbar.

#### **Hinweis:**

In den Folgejahren kann weniger als 2,00 ha Ackerfläche in der Gebietskulisse bewirtschaftet werden.

Die Gebietskulisse „Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“ ist im eAMA im INVEKOS-GIS mittels dem Legendeneintrag „Gebietsabgrenzungen/Grundwasserschutz Acker“ einsehbar.

Für eine prämienfähige Teilnahme am optionalen Zuschlag für die stark stickstoffreduzierte Fütterung von Schweinen sind im jeweiligen Teilnahmejahr mindestens 1,00 GVE-Schweine im Jahresdurchschnitt je ha Ackerfläche erforderlich.

Für eine prämienfähige Teilnahme an der Option „Bewirtschaftung auswaschungsgefährdeter Ackerflächen“ muss jährlich zumindest ein Schlag beantragt werden.

## 4 FÖRDERBEDINGUNGEN

### 4.1 BETRIEBSBEZOGENE AUFZEICHNUNGEN

Auf allen bewirtschafteten Flächen des Betriebes sind die Düngevorgaben gemäß der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung einzuhalten und betriebliche Aufzeichnungen gemäß § 8, Absatz 1 der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung zu führen. Die Aufzeichnungen umfassen insbesondere die betrieblichen Flächen mit dem jeweiligen Nährstoffbedarf (inkl. Ertragsplausibilisierung), dem Stickstoffanfall aus der Tierhaltung sowie der Stickstoffausbringung auf den Flächen durch Düngung als auch Bewässerung unter Berücksichtigung der Vorfruchtwirkung. Außerdem ist ein gegebenenfalls vorhandener Stickstoffüberschuss aus der Vorkultur gemäß Punkt 4.3 zu berücksichtigen.

Die betrieblichen Aufzeichnungen sind bis 28. Februar des laufenden Förderjahres als voraussichtliche Düngeplanung anzulegen und sind bis spätestens 31. Jänner des Folgejahres als betriebliche Düngebilanzierung abzuschließen.

### 4.2 SCHLAGBEZOGENE AUFZEICHNUNGEN

Für die Ackerflächen innerhalb der Gebietskulisse müssen schlagbezogene Aufzeichnungen über die Stickstoff-Düngung gemäß § 9, Absatz 6 der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung geführt werden. Die schlagbezogenen Aufzeichnungen umfassen die Bezeichnung und Größe des jeweiligen Schlages, die Art und Menge der auf dem Schlag bzw. Feldstück ausgebrachten Düngemittel, das Datum der Bewässerung sowie Bewässerungsmenge, das Datum des Anbaus und der Ernte sowie die Dokumentation der schlagbezogenen Erntemenge samt Wiegebelegen sowie die Berechnung eines jährlichen Stickstoffsaldos.

Die Aufzeichnungen können für vergleichbare Schläge zusammengefasst werden. Bei Kulturen mit einem Flächenausmaß von maximal 0,30 ha je Kultur sind keine schlagbezogenen Aufzeichnungen erforderlich. Die Aufzeichnungen sind elektronisch und zeitnah zu führen, spätestens aber innerhalb von 14 Tagen nach der Ausbringung des Stickstoffs, des Anbaus, der Bewässerung oder der Ernte fertigzustellen. Die Aufzeichnungen sind dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) im Bedarfsfall zur Verfügung zu stellen.

### 4.3 STICKSTOFFBILANZIERUNG

Ein Stickstoffüberschuss von mehr als 10 kg/ha aus der vorangegangenen Kultur gemäß schlagbezogener Düngebilanzierung (Stickstoffsaldo) laut Punkt 4.2 muss auf die Folgekultur angerechnet werden. Die Düngung der nachfolgenden Kultur ist in den Gebieten nördliches und mittleres Burgenland, östliches Niederösterreich inklusive Tullnerfeld sowie Wien zumindest im Ausmaß von 80 % dieses Stickstoffüberschusses, in den restlichen Gebieten gemäß Gebietskulisse um zumindest 60 % dieses Stickstoffüberschusses zu reduzieren.

Bei einem errechneten Stickstoffüberschuss aus der Vorkultur von mehr als 30 kg, bei Schlägen größer als 0,30 ha Feldgemüse oder Kürbis als Vorkultur oder bei einem Umbruch von Ackerfutter oder Ackerbrachen vor dem 15. November hat die Anlage einer Folgekultur noch im Herbst (bis 15. November) oder die Anlage einer Zwischenfrucht gemäß der Maßnahme „Begrünung von Ackerflächen – Zwischenfruchtanbau“ oder „Begrünung von Ackerflächen – System Immergrün“ zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Schläge mit Kulturen, die nach dem 30. September geerntet werden, jedoch nicht die Anlageverpflichtung nach Umbruch von Ackerfutter.

Die Vorgabe, dass bei Stickstoff-Überschüssen von mehr als 10 kg/ha der Stickstoffsaldo für die Folgekultur zu berücksichtigen ist, muss auch bei Schadereignissen wie z.B. Hagel oder Trockenheit eingehalten werden. Es ist zulässig, nicht-stickstoffzehrende Folgekulturen (wie beispielsweise Grünbrache oder Sojabohnen) anzulegen. Der Stickstoff muss jedoch wiederum auf die Nachfolgekultur übertragen werden. Bei mehreren Kulturen im Jahr ist jeweils zu saldieren und der Saldo kann auf 60 bzw. 80 % für den Übertrag (= Wert, der bei Folgekultur zu berücksichtigen ist) reduziert werden. Bei nicht genutzten Kulturen muss bei Umbruch ebenfalls saldiert werden. Bei mehrjährigen Kulturen muss jährlich der Saldo gebildet werden und gegebenenfalls ein Übertrag erfolgen.

Für Körnerleguminosen ist abweichend zu der Berechnung der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung in der N-Saldberechnung nicht der ertragsabhängige Entzugsfaktor (kg N/t), sondern der N-Bedarf der Kulturen anzusetzen, z.B. bei Soja nicht 3 t x 55 kg N/t, sondern der Entzug von 0 bzw. 50/60 kg N/ha. Damit wird die N-Fixierungsleistung von Leguminosen entsprechend berücksichtigt. Selbiges gilt für Ackerbohne, Körnererbse, Futterleguminosen (z.B. Klee/Luzerne) als auch für weitere Ackerfutterkulturen. Ungeachtet dessen sind eventuelle Vorfruchtwirkungen von Leguminosen und weiteren Ackerfutterkulturen für die Folgekulturen zu berücksichtigen.

Im Falle von genutzten Zwischenfrüchten hat die Berechnung eines Saldos aus der Gegenüberstellung der Düngung bzw. anzurechnenden N-Mengen der Vorkulturen und des Entzugs gleich wie bei Hauptkulturen zu erfolgen. Im Falle von Zweitfrüchten oder genutzten Zwischenfrüchten ist daher ebenso zu bilanzieren und der Reduktionsfaktor ist je Kultur anwendbar.

Im Falle von ungenutzten Zwischenfrüchten kann für den Saldo aus der Vorkultur ebenso der Reduktionsfaktor (0,6 bzw. 0,8) angewendet werden, sofern die Anlage entsprechend den Vorgaben der Maßnahme „Begrünung von Ackerflächen – Zwischenfruchtanbau“ oder „Begrünung von Ackerflächen – System Immergrün“ erfolgt. Die Anwendung des Reduktionsfaktors ist zwischen zwei Hauptkulturen nur einmal möglich, z.B. bei der Erneuerung einer Zwischenfrucht darf nur einmal der Reduktionsfaktor angesetzt werden. Ausgebrachte N-Mengen auf ungenutzte Zwischenfrüchte sind gemäß der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung zur Gänze der Folgekultur anzurechnen (keine Anwendung des Reduktionsfaktors). Die Düngung der ungenutzten Zwischenfrucht darf maximal in der Höhe der maximal möglichen Düngung der Folgekultur unter Einberechnung des N-Saldos der vor der Zwischenfrucht angelegten Vorkultur erfolgen. Z.B. wenn aus der Vorkultur ein

Saldo von 30 kg zu übertragen ist und nachfolgend Soja (Düngebedarf 60 kg N/ha) angelegt wird, so darf die dazwischenliegende, ungenutzte Zwischenfrucht mit maximal 30 kg N/ha gedüngt werden.

Bei Gemüse ist bei Vorhandenseins einer N<sub>min</sub>-Analyse bezüglich der Düngung einer Gemüsekultur (nach einer Gemüsekultur) gemäß Anlage 3 Abschnitt II der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung Folgendes zu beachten:

Es hat zumindest ein Abzug entsprechend dem N-Saldo der Vorkultur zu erfolgen, auch wenn das N<sub>min</sub>-Analyseergebnis einen niedrigeren Wert als den N-Saldo der Vorkultur aufweist.

#### Beispiele:

- Zu einem Körnermais-Schlag im Eferdinger Becken wurde Stickstoff im Ausmaß von 195 kg/ha gedüngt. Nach der Ernte ergibt sich durch den Kulturentzug ein positiver Saldo von 20 kg N/ha. Es sind 12 kg N/ha auf die Folgekultur zu übertragen und die Düngung dieser Folgekultur ist um dieses Ausmaß einzuschränken.
- Im Eferdinger Becken bleibt nach Körnermais ein positiver Saldo von 20 kg. Eine Grünbrache wird als Folgekultur angebaut. 60 % von 20 kg (= 12 kg N/ha) sind der Grünbrache zuzuordnen. Im ersten Bestandsjahr der Grünbrache können diese 12 kg wiederum auf 60 % (= 7,2 kg N/ha) reduziert werden usw. Bei Umbruch der Grünbrache sind in diesem Beispiel bei der Folgekultur keine Überträge vom ursprünglichen Körnermais-Überschuss mehr zu berücksichtigen, da der Übertrag auf unter 10 kg N/ha gesunken ist. Vorfruchtwirkungen des Brachebestandes sind bei der Folgekultur zu berücksichtigen.
- Nach der Ernte von Weizen im Südburgenland ergibt sich eine Stickstoffbilanz von 20 kg/ha. Es wird nachfolgend eine Zwischenfrucht ohne Leguminosen angebaut und einmal genutzt. Der genutzten Zwischenfrucht müssen  $20 \text{ kg/ha} \times 0,60 = 12 \text{ kg N/ha}$  angerechnet werden. Außerdem wird die Zwischenfrucht mit 50 kg N/ha gedüngt. Dem gegenüber steht ein Düngebedarf von 70 kg/ha. Nach der Ernte der Zwischenfrucht ergibt sich somit ein N-Saldo von minus 8 kg N/ha. Der folgenden Hauptfrucht muss kein Stickstoff angerechnet werden.

## 4.4 WEITERBILDUNG

Bis spätestens 31. Dezember 2026 sind von der förderwerbenden Person unabhängig von der Vorqualifikation fachspezifische Kurse oder Fachexkursionen zu den Themen Grundwasserschutz, Humusaufbau, wassersparende Bewirtschaftungsmethoden bzw. grundwasserschonende Bewässerung oder stickstoff-/emissionsreduzierte Fütterung von Schweinen im Mindestausmaß von 10 Stunden zu absolvieren. Es sind Kurse aus dem Bildungsangebot eines vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) anerkannten Bildungsanbieters zu wählen.

Im Zuge der Bildungsveranstaltung sind geeignete Maßnahmen zur Reduktion von Nährstoffeinträgen in Grund- und Oberflächengewässer sowie Maßnahmen zur Verminderung von Bodenerosion zu erörtern. Ebenso ist die Berücksichtigung von Messergebnissen zum verfügbaren Stickstoffvorrat (z.B. aus den Bodenproben oder den Nitrat-Informationsdiensten) für die Düngebemessung zu thematisieren. Auf Basis dieser Informationen ist einmalig ein betriebsbezogenes Gewässerschutzkonzept bis spätestens 31. Dezember 2026 zu erstellen.

Aufgrund von betrieblichen Erfordernissen kann der Kurs auch von einer am Betrieb maßgeblich tätigen und in die Bewirtschaftung eingebundenen Person besucht werden. Anrechenbar sind Kursbesuche ab dem 1. Jänner 2022. Grundsätzlich kann der Kursbesuch einer Person nicht auf mehrere Betriebe angerechnet werden.

Die Absolvierung eines Kurses ist an die geschulte Person gebunden. Verlässt die geschulte Person vor 31. Dezember 2026 den Betrieb, muss ein Kurs bis dahin nachgeholt werden. Scheidet die geschulte Person nach dem 31. Dezember 2026 vom Betrieb aus, so muss kein weiterer Kurs absolviert werden.

Eine schriftliche Kursbesuchsbestätigung ist nach Aufforderung an die AMA zu übermitteln, sofern die Übermittlung nicht durch den Bildungsanbieter erfolgt. Doppelanrechnungen von ein und derselben Bildungsveranstaltung auf mehrere Verpflichtungen sind nicht zulässig.

Eine Liste mit anerkannten Bildungsanbietern ist unter [www.ama.at](http://www.ama.at) im Bereich ÖPUL zu finden.

#### 4.5 BODENUNTERSUCHUNG

Auf den Ackerflächen sind Bodenuntersuchungen entsprechend den Richtlinien für die sachgerechte Düngung oder der EUF-Methode hinsichtlich des Stickstoff-, Phosphor- und Kalium-Gehaltes sowie des pH-Wertes und des Humusgehaltes durchzuführen. Bei Stickstoff hat die Untersuchung den nachlieferbaren oder den Gehalt an mineralischem Stickstoff zu umfassen.

Bis spätestens 31. Dezember 2026 ist pro angefangene 5 ha Ackerfläche in der Gebietskulisse mindestens eine Bodenprobe zu ziehen. Ausgangsbasis für die Berechnung der Anzahl benötigter Bodenproben sind die Ackerflächen gemäß Beantragung im Mehrfachantrag 2026, unabhängig von der Schlagnutzung und der Einbringung in etwaige andere Maßnahmen sowie unabhängig von der Prämien-gewährung für die Maßnahme „Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“.

##### Beispiel:

Ein Betrieb hat im Mehrfachantrag 2026 eine Ackerfläche im Ausmaß von 5,03 ha im Gebiet gemäß Anhang G der Sonderrichtlinie ÖPUL 2023. Es sind 2 Bodenproben erforderlich, die bis spätestens 31. Dezember 2026 untersucht sein müssen.

**Hinweis:**

Anrechenbar sind Bodenproben, die ab dem 1. Jänner 2022 gezogen und von einem akkreditierten Labor untersucht wurden. Die Ergebnisse der Bodenproben sind unter [www.eama.at](http://www.eama.at) im INVEKOS-GIS in der dafür vorgesehenen Erfassungsmaske einzutragen. Eine genaue Anleitung dazu ist unter [www.ama.at](http://www.ama.at) im Benutzerhandbuch Online-Erfassung INVEKOS-GIS zu finden.

Die Weitergabe einer Bodenuntersuchung gemeinsam mit der Ackerfläche an einen anderen Betrieb ist nicht möglich, da die im jeweiligen Jahr gezogene Bodenprobe auch dem jeweiligen Mehrfachantrag zugeordnet werden muss. Für den abgebenden Betrieb kann die Probe jedoch angerechnet werden. Der übernehmende Betrieb muss gegebenenfalls eine neuerliche Untersuchung vornehmen lassen. Da die Bodenproben bis spätestens 31. Dezember 2026 gezogen sein müssen, haben Flächenhinzunahmen nach dem Mehrfachantrag 2026 keinen Einfluss mehr auf die Bodenuntersuchungsverpflichtung.

**Beispiel:**

Ein Betrieb zieht eine Bodenprobe am 17. November 2024. Das Analyseergebnis wird dem Betrieb am 3. Februar 2025 übermittelt. Die Bodenprobe ist im INVEKOS-GIS zum Mehrfachantrag 2024 zu erfassen.

## 4.6 PFLANZENSCHUTZ

Innerhalb der Gebietskulisse ist der Einsatz der Wirkstoffe Dimethachlor, Metazachlor, S-Metolachlor und Terbutylazin sowie im Falle der Wiedezulassung auch Bentazon bei Anbau von Sorghum, Mais (inklusive Zuckermais und Saatmaisvermehrung), Raps, Soja und Zuckerrübe nicht zulässig.

Im Fall eines flächigen Pflanzenschutzmitteleinsatzes besteht eine gesonderte Angabeverpflichtung im Mehrfachantrag. Die Ausbringung von gebeiztem Saatgut zählt als flächige Anwendung.

Folgende Codes sind im INVEKOS-GIS auf [www.eama.at](http://www.eama.at) bei betroffenen Schlägen zu erfassen, wenn ein flächiger Pflanzenschutzmitteleinsatz erfolgt:

Code	Bezeichnung
PSMBIO	im Biolandbau zugelassene Pflanzenschutzmittel
PSMCS	chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel – andere

**Hinweis:**

Die Angabe der Codes kann auch im Vorhinein erfolgen, wenn ein entsprechender Pflanzenschutzmitteleinsatz geplant ist. Sobald absehbar ist, dass doch kein Einsatz durchgeführt wird, ist die Codierung zu streichen. Änderungen oder Nachtragungen von Codes haben umgehend zu erfolgen.

Erfolgt auf einer Ackerkultur sowohl ein Pflanzenschutzmitteleinsatz mit einem im Biolandbau zugelassenen Pflanzenschutzmittel als auch mit einem chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel, ist es ausreichend, wenn hierfür auf dem betroffenen Schlag nur der Code PSMCS versehen wird.

#### 4.7 ZUSÄTZLICHE FÖRDERVERPFLICHTUNGEN IN OBERÖSTERREICH

Auf Ackerflächen innerhalb der Gebietskulisse in Oberösterreich muss auf die Ausbringung von leichtlöslichen, stickstoffhaltigen Düngern gemäß Definition in der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung in den folgenden Zeiträumen verzichtet werden:

- ab 15. Oktober bis einschließlich 15. Februar auf allen Ackerflächen (außer Ackerfutterflächen)
- ab 15. Oktober bis einschließlich 21. März bei Mais

Stickstoffgaben, die nach Abzug der Stall- und Lagerverluste mehr als 80 kg Nitrat-Stickstoff, Ammonium-Stickstoff oder Carbamid-Stickstoff je Hektar und Jahr enthalten, sind zu teilen. Die Berechnung des Ammonium-Stickstoffs aus Wirtschaftsdüngern und sonstigen organischen Düngern erfolgt gemäß Anlage 2 der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung. Ausgenommen von der Gabenteilung sind stickstoffhaltige Düngemittel mit physikalisch oder chemisch verzögerter Stickstofffreisetzung.

Die Anlage von Begrünungskulturen gemäß der Variante 3 der Maßnahme „Begrünung von Ackerflächen – Zwischenfruchtanbau“ ist innerhalb der Gebietskulisse in Oberösterreich nicht zulässig.

Bei jeder chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmaßnahme ist im Rahmen des integrierten Pflanzenschutzes im Vorfeld ein Kontrollgang durchzuführen und entsprechend schlagbezogen zu dokumentieren oder es sind entsprechende Warndienstmeldungen ([www.warndienst.at](http://www.warndienst.at)) zu dokumentieren und zu berücksichtigen.

#### 4.8 OPTION – BEWIRTSCHAFTUNG AUSWASCHUNGSGEFÄHRDETER ACKERFLÄCHEN

An der Option „Bewirtschaftung auswaschungsgefährdeter Ackerflächen“ kann mit Ackerflächen in der Gebietskulisse mit einer durchschnittlichen Ackerzahl von maximal 40 teilgenommen werden. Dabei gelten folgende Förderverpflichtungen:

- Es hat die Einsaat einer winterharten Begrünungsmischung ohne Leguminosen bis spätestens am 15. Mai des Kalenderjahres zu erfolgen. Ein bestehender Grünbrachen-



oder Ackerfutterbestand kann jedoch ohne Neueinsaat belassen werden, in diesem Fall dürfen Leguminosen im Bestand vorkommen. Der Umbruch der Fläche ist frühestens am 15. September des 2. Jahres erlaubt.

- Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln ist vom 1. Jänner des Jahres der ersten Angabe des Schrages als „auswaschungsgefährdete Ackerfläche“ (Code „AG“) im Mehrfachantrag bis zum Umbruch oder bis zur anderweitigen Deklaration der Fläche nicht erlaubt. Es ist jegliche Düngung (inklusive Kalkung) mit Düngemitteln gemäß Düngemittelverordnung verboten.
- Es hat eine Mahd oder ein Häckseln mindestens 1 x jedes zweite Jahr zu erfolgen. Die Verbringung des Mähgutes ist erlaubt, Beweidung und Drusch sind nicht erlaubt. Das Befahren der Flächen ist zulässig. Die Begrünung muss aber jedenfalls erhalten bleiben.

#### 4.9 OPTIONALER ZUSCHLAG – HUMUSAUFBAU UND EROSIONSSCHUTZ IN WIEN

Der optionale Zuschlag für Humusaufbau und Erosionsschutz in Wien kann von Betrieben, die Ackerflächen innerhalb der Gebietskulisse Wien bewirtschaften, beantragt werden. Es gelten folgende Förderverpflichtungen:

- Eine wendende Bodenbearbeitung auf Ackerflächen ist im gesamten Verpflichtungszeitraum innerhalb der Gebietskulisse Wien nicht zulässig (sowohl für Haupt- als auch für Zwischenfruchtkulturen, ausgenommen davon ist die Bodenbearbeitung nach Mais).
- Es muss an einem vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) anerkannten Projekt mit der Zielsetzung der Untersuchung der Auswirkungen auf die Speicherung von Kohlenstoff im Boden teilgenommen werden. Dazu ist eine wissenschaftliche Begleitung erforderlich. Nach Aufforderung durch die Projektbeauftragten sind Daten über die Flächenbewirtschaftung bzw. die Ergebnisse der Bodenproben für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung für die Teilnahme ist das Vorliegen einer Teilnahmebestätigung der für die Abwicklung der wissenschaftlichen Begleitung beauftragten Stelle.
- Zusätzlich zu den erforderlichen 10 Stunden Schulung und Weiterbildung im Rahmen der Maßnahme „Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“ sind weitere 3 Stunden Bildung und Beratung im Zusammenhang mit Bodenproben, Humusaufbau oder pflugloser Bodenbearbeitung bis spätestens 31. Dezember 2026 in Anspruch zu nehmen.
- Innerhalb des Verpflichtungszeitraums sind doppelt so viele Bodenproben wie im Vergleich zur Maßnahme „Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“ zu ziehen. D.h. pro angefangene 5 ha Ackerfläche innerhalb der Gebietskulisse Wien sind mindestens 2 Bodenproben entsprechend räumlicher und zeitlicher Projektvorgaben durchzuführen.

## 4.10 OPTIONALER ZUSCHLAG – STARK STICKSTOFFREDUZIERTE FÜTTERUNG VON SCHWEINEN

Wird der optionale Zuschlag für eine stark stickstoffreduzierte Fütterung von Schweinen beantragt, muss bei allen am Betrieb gehaltenen Schweinen eine Fütterung mit folgenden Rohprotein­grenzen je kg der Ration in der Trockenmasse (je 88 % TM) eingehalten werden:

<b>Tierkategorie</b>	<b>Rohprotein/kg/88 % TM im Durchschnitt</b>	<b>Rohprotein/kg/88 % TM Höchstgrenze</b>
Ferkel zwischen 8 und 32 kg	max. 166 g	
Jung- und Mastschweine sowie Jungsauen nicht gedeckt ab 32 bis 60 kg		max. 170 g
Mastschweine sowie Jungsauen nicht gedeckt ab 60 bis 90 kg	max. 157 g	max. 155 g
Mastschweine sowie Jungsauen nicht gedeckt ab 90 kg		max. 150 g
Zuchtsauen tragend sowie Jungsauen gedeckt ab 50 kg		max. 125 g
Zuchtsauen säugend		max. 155 g
Eber ab 50 kg		max. 170 g

Bei Jung- und Mastschweinen sowie Jungsauen nicht gedeckt ist entweder der Durchschnittswert oder die Phasen­fütterung für die jeweilige Gewichtseinheit einzuhalten, es müssen nicht beide Bedingungen erfüllt werden.

Für die Berechnung der Roh­protein­gehalte von den Rationen sind die Ergebnisse von Futtermittel­untersuchungen heranzuziehen. Für nicht untersuchte Futtermittel sind Standardwerte für Protein­gehalte aus der Fachliteratur und bei Fertig­futtermischungen die Protein­gehalte gemäß Angaben des Futtermittel­herstellers zu verwenden.

Ein entsprechender Nachweis der stark stickstoffreduzierten Fütterung über Rezepturen, bei welchen der Roh­protein­gehalt je kg FM (88 % TM) ausgewiesen ist (z.B. Ausdruck Fütterungscomputer, Berechnung Futtermittelfirma oder Offizialberatung), muss vorhanden sein. Im Falle einer Phasen­fütterung muss bei einer all­fälligen Vor-Ort-Kontrolle plausibel gemacht werden können, dass diese technisch möglich ist und tatsächlich durchgeführt wird, z.B. Beschriftung von Silos, entsprechende Fütterungstechnik.

## 5 BEANTRAGUNG

Folgende Punkte sind bei der Beantragung zu beachten:

- Die Maßnahme „Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“ sowie die optionalen Zuschläge „Humusaufbau und Erosionsschutz in Wien“ und „Stark stickstoffreduzierte Fütterung von Schweinen“ müssen vor Verpflichtungsbeginn im Maßnahmenantrag des Mehrfachantrages bis spätestens am 31. Dezember beantragt werden, um dafür eine gültige Verpflichtung ab dem Folgejahr am Betrieb zu begründen.
- Der letzte Einstieg in die Maßnahme inklusive des optionalen Zuschlages „Humusaufbau und Erosionsschutz in Wien“ ist mit dem Förderjahr 2025 möglich (Beantragung bis spätestens am 31. Dezember 2024).
- Der letzte Einstieg für den optionalen Zuschlag „Stark stickstoffreduzierte Fütterung von Schweinen“ ist mit dem Förderjahr 2028 möglich (Beantragung bis spätestens am 31. Dezember 2027).
- Für die Teilnahme an der Option „Auswaschungsgefährdete Ackerflächen“ ist kein Maßnahmenantrag vor Verpflichtungsbeginn erforderlich. Im Jahr der Teilnahme sind die Schläge je nach Bewirtschaftung in der Natur mit der Schlagnutzungsart „Grünbrache“, „Futtergräser“, „Sonstiges Feldfutter“ oder „Wechselwiese“ zu beantragen und mit dem Code AG zu kennzeichnen.
- Auswaschungsgefährdete Ackerflächen mit dem Code AG können bis spätestens am 31. Dezember 2025 (Maßnahmenantrag) in die Maßnahmen „Naturschutz“ oder „Ergebnisorientierte Bewirtschaftung“ umgewandelt werden.
- Nimmt ein Betrieb zusätzlich an der Maßnahme „Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung“ oder „Biologische Wirtschaftsweise“ teil, dann können auswaschungsgefährdete Ackerflächen mit dem Code AG zur Erfüllung der dort geltenden Biodiversitätsflächenvorgaben (Code DIV) angerechnet werden. In diesem Fall sind auswaschungsgefährdete Ackerflächen je nach Nutzung entweder mit der Schlagnutzung „Grünbrache“ oder „Sonstiges Feldfutter“ zu beantragen und mit den Codes AG und DIV zu kennzeichnen.
- AG-Grünbrachen können für den mindestens 4 % Stilllegungsanteil der Ackerflächen im Rahmen der Konditionalitäten (GLÖZ 8) angerechnet werden, wenn sie zusätzlich zum Code AG mit dem Code NPF versehen werden. Eine ÖPUL-Prämiengewährung kann in diesem Fall nicht erfolgen.

## 6 HÖHE DER PRÄMIE

Ackerflächen in der Gebietskulisse	Basisprämie bei Teilnahme an der Maßnahme „Biologische Wirtschaftsweise“ oder „Einschränkung ertragssteigernder Betriebsmittel“	25 Euro/ha
	Basisprämie ohne Teilnahme an der Maßnahme „Biologische Wirtschaftsweise“ oder „Einschränkung ertragssteigernder Betriebsmittel“	50 Euro/ha
	Zuschlag für die ersten 10 ha für Bildungs- und Beratungsaufgaben	30 Euro/ha
	Zuschlag für Pflanzenschutzmittelverzicht Mais (ohne Saatmaisvermehrung) und Sorghum	20 Euro/ha
	Zuschlag für Pflanzenschutzmittelverzicht Raps und Saatmaisvermehrung	60 Euro/ha
	Zuschlag für zusätzliche Förderverpflichtungen in Oberösterreich (Landes-Top-up)	30 Euro/ha
	Option auswaschungsgefährdete Ackerflächen (bis max. 20 % der Ackerflächen des Betriebes)	500 Euro/ha
	optionaler Zuschlag für Humusaufbau und Erosionsschutz in Wien	110 Euro/ha
	optionaler Zuschlag für stark stickstoffreduzierte Fütterung bei Schweinen	50 Euro/ha

Die Zuschläge für Pflanzenschutzmittelverzicht sind mit der Maßnahme „Biologische Wirtschaftsweise“ nicht kombinierbar und werden in Schutz- und Schongebieten nicht ausbezahlt.

Der optionale Zuschlag für „Humusaufbau und Erosionsschutz in Wien“ ist mit der Maßnahme „Erosionsschutz Acker“ bei Mulchsaat, Direktsaat oder Strip-Till-Verfahren auf der Einzelfläche nicht kombinierbar.

Auswaschungsgefährdete Ackerflächen mit dem Code AG erhalten nicht die Basisprämie und sind auf der Einzelfläche mit keiner anderen ÖPUL-Maßnahme kombinierbar, ausgenommen hinsichtlich der Abgeltung der Landschaftselemente im Rahmen der Maßnahmen „Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung“ oder „Biologische Wirtschaftsweise“.

Nicht als auswaschungsgefährdete Ackerflächen förderfähig sind Ackerflächen, die im Mehrfachantrag-Flächen 2020 als Grünlandflächen beantragt waren.

Begrünte Ackerflächen im Rahmen von GLÖZ 4 (Pufferstreifen entlang von Wasserläufen) bzw. stillgelegte Ackerflächen im Rahmen von GLÖZ 8 sind auf dem betroffenen Flächenteil ebenfalls nicht als auswaschungsgefährdete Ackerflächen förderbar.

IMPRESSUM: Informationsblatt „ÖPUL 2023 – Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“ der Agrarmarkt Austria (AMA)

Medieninhaber, Herausgeber, Vertrieb, Redaktion: Agrarmarkt Austria, Dresdner Straße 70, 1200 Wien, Telefon: +43 50 3151 - 0, Telefax: +43 50 3151-295, E-Mail: [oepul@ama.gv.at](mailto:oepul@ama.gv.at)

Dieses Informationsblatt enthält rechtlich unverbindliche Aussagen. Im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes haben die Ausführungen in gleicher Weise für alle Geschlechter Geltung.